

Euro-Rettungspakete: Gläubigerbeteiligung ist Pflicht!

Zum Leserbrief von Holger-Andreas Elsner („Unheilvolle Symbiose von Politik und Banken“) im Reutlinger General Anzeiger vom 14.05.2011:

Der Leserbrief zu den Rettungspaketen für wirtschaftlich angeschlagene EU-Mitgliedstaaten und dem geplanten Europäischen Stabilitäts-Mechanismus verlangt nach einer Reaktion. Viele der dort erwähnten Kritikpunkte sind richtig benannt. Den pauschalen Vorwurf einer „Symbiose von Politik und Banken“ möchte ich aber zumindest für meine Fraktion entschieden zurückweisen. Bereits im Mai 2010 haben ich das Rettungspaket für Griechenland nicht einfach „abgenickt“. Wir Grünen haben das Tempo, mit dem die Bundesregierung den Beschluss durch den Bundestag gepeitscht hat, deutlich kritisiert. Wir haben betont, dass die Gewährleistungen für Griechenland als Teil des Gesamtpakets ihre Ziele zu verfehlen drohen und für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zusätzliche Risiken bedeuten. In einem Entschließungsantrag zum Rettungspaket haben wir Ziele und Maßnahmen benannt, um Spekulationen zu bekämpfen und den Finanzmarkt zu ordnen, die wirtschaftspolitische Koordinierung zu stärken und die Kosten der Krise gerecht zu verteilen. Wir haben uns nach sorgfältigen Überlegungen dennoch entschieden, dem Hilfspaket zuzustimmen – aber nicht, weil es „alternativlos“ wäre. Das Verweigern der Hilfen hätte noch größere Risiken geborgen und damit zu noch größeren sozialen Verwerfungen und Ungerechtigkeiten geführt. Wir sind schließlich den Ansprüchen europäischer Solidarität und wirtschaftlicher Vernunft gefolgt.

Neben den einzelnen Hilfsprogrammen wird derzeit intensiv über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) als einer Art Europäischen Währungsfonds diskutiert. Wir Grünen stehen dem prinzipiell offen gegenüber, kritisieren aber die mangelnde Gläubigerbeteiligung. Anders als bisher vorgesehen muss der ESM auch die Gläubiger mit in die Pflicht nehmen, wenn er die Insolvenz eines Landes feststellt. Es ist nicht zu rechtfertigen, dass die EU Banken und Kapitalanleger letztlich vom Risiko freigestellt und stattdessen ihren Bürgern in die Tasche greift. In diesem zentralen Punkt stimme ich dem Leserbriefschreiber voll zu: Gläubigerbeteiligung ist Pflicht! Ohne eine faire Lastenverteilung und einen neuen sozialen Ausgleich wird die Krise nicht zu überwinden sein. Wir fordern auch weiterhin, dass die Finanzmärkte reguliert und gebändigt werden. Dabei ist eine Finanztransaktionssteuer unerlässlich und ebenso eine Stärkung der Risikovorsorge im Bankensystem.

Einen Teil der berechtigten Kritik möchte ich aber zurückweisen: wir Abgeordnete stellen uns unserer Verantwortung. Unsere Augen sind geöffnet. Allzu oft wird aber in europapolitischen Fragen unser Mitwirkungsrecht als nationales Parlament eingeschränkt. Dies ist ein prinzipielles Demokratiedefizit, das die Bundesregierung dringend beheben muss. Gerade uns als Oppositionspartei bleibt häufig nur die Wahl zwischen riskanter Zustimmung oder verantwortungsloser Ablehnung. Dieser Zustand kann weder Bürgerschaft noch Abgeordnete befriedigen.